

Fluchtursachen

146. Sitzung, 17. Dezember 2015

Das Wort hat jetzt der Kollege Roderich Kiesewetter, CDU/CSU-Fraktion. (Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Ute Finckh-Krämer [SPD]) Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten beiden Jahren hat die Gleichzeitigkeit von Krisen zu beispiellosen Schicksalen und millionenfacher Flucht geführt. Wir werden kurz- und mittelfristig die eine oder andere Herausforderung in der Ukraine oder – das ist jetzt ganz frisch – auch in Libyen sicherlich mit diplomatischen Mitteln lösen können. Aber angesichts der millionenfachen Flucht weltweit müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es sich hierbei um eine Generationenaufgabe handelt, die von den beiden Anträgen, die wir heute hier beraten, nur teilweise behandelt wird. Ich möchte das anhand von vier Trends aufzeigen, die eine erhebliche Rolle bei den Fluchtursachen spielen: Erstens der demografische Wandel. Ich nenne hier nur das Stichwort „Afrika“. Wir erwarten eine Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung bis zum Jahr 2050, also binnen einer Generation. Zurzeit sind dort bereits rund 17 Millionen Menschen auf der Flucht. Zweitens nenne ich die zunehmende Intensivierung von Religionskriegen, beispielhaft hier der Streit zwischen Schiiten und Sunniten, der blutig ausgetragen wird, auch in Stellvertreterkriegen. Das ist etwas, was unbedingt in den Regionen vor Ort gelöst werden muss; trotzdem sind wir unmittelbar davon betroffen. Drittens erleben wir den Klimawandel. Darüber hat die Kollegin Roth eben gesprochen. Viertens. Die Kluft zwischen reichen und armen Staaten nimmt nicht ab. (Zurufe von der LINKEN) Gleichwohl hat die Weltbank in der vergangenen Woche sehr deutlich gemacht, was sich in den letzten 25 Jahren dank Globalisierung und Entwicklungszusammenarbeit getan hat: Der Anteil der ärmsten Menschen auf der Welt ist von etwa 30 Prozent im Jahr 1990 auf jetzt etwa 10 Prozent gesunken. Das darf aber nicht unseren Blick verstellen; denn immer noch zählen 800 Millionen Menschen zu den Ärmsten dieser Weltgemeinschaft. Hier haben wir viel zu tun. Vielfach habe ich den Eindruck – der Wissenschaftler Herfried Münkler hat das in den letzten Wochen immer wieder deutlich gemacht –, dass wir an den sozialen Folgen dieser Entwicklungen arbeiten, aber wenig tun, um die Entwicklungen selbst zu gestalten. Ich glaube, unsere Aufgabe als Bundesrepublik Deutschland und als Europäische Union ist es, hier mitzuwirken. Wir müssen selber aktiv werden, damit wir nicht gestaltet werden. Wir dürfen nicht immer nur an den Folgen arbeiten. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung – das gilt insbesondere für das Auswärtige Amt – an der Bekämpfung der Fluchtursachen arbeitet, auch durch Präventionsmaßnahmen. Diesbezüglich findet im Auswärtigen Amt eine Umorientierung statt. Auch deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Außen- und Sicherheitspolitik einen verzahnten Ansatz verfolgt. Wir merken ja sehr deutlich, wie eng Außen- und Innenpolitik zusammenhängen. Ich möchte vor diesem Hintergrund gerne vier Bereiche der Fluchtursachenbekämpfung aufzeigen, um die wir uns intensiver kümmern müssen. Erstens geht es aus meiner Sicht darum, die illegale Migration nach Europa zu begrenzen. Der Historiker Heinrich August Winkler hat unlängst, im Sommer, deutlich gemacht, dass es ein legitimes deutsches Interesse ist, die illegale Migration zu begrenzen. Ich möchte sagen: Es ist im Interesse Europas, die illegale Migration zu bekämpfen, um uns stärker um diejenigen kümmern zu können, die Asylgründe haben, um uns stärker um diejenigen kümmern zu können, die schutzbedürftig sind. (Zurufe der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE]) Wir müssen die illegale Migration auch bekämpfen, um den Schleppern das Handwerk zu legen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe [SPD] – Katja Kipping [DIE LINKE]: Ihr schafft doch die Grundlage für die Geschäfte der Schlepper!) Deshalb bin ich sehr froh, dass in Valletta nicht nur die Fluchtursachenbekämpfung angesprochen worden ist, sondern auch sehr deutlich Möglichkeiten der legalen Migration nach Europa. (Zuruf der Abg. Mechthild Rawert [SPD]) Mein zweiter Punkt: Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber vermeiden

wollen, dass Europa zur Festung wird – Frau Roth hat ja den Begriff „Festung Europa“ gebraucht –, dann brauchen wir innerhalb unserer europäischen Gesellschaften die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Dann brauchen wir die Bereitschaft, Ursachen zu bekämpfen, die Bereitschaft, humanitäre Hilfe zu leisten, die Bereitschaft, darüber nachzudenken, wie eine gemeinsame Lösung angestrebt werden kann. Drittens. Wir müssen die Renationalisierungsbestrebungen in unseren Nachbarländern, die wir mit Sorge beobachten, (Dr. Karamba Diaby [SPD]: Ungarn, Polen!) massiv angehen, ganz klar ansprechen und konstruktive Vorschläge unterbreiten. Das Ziel ist sicherlich, die Aufnahmebereitschaft in Europa zu verbessern. Das ist ein schwieriger Weg. Das muss aber innerhalb des nächsten Jahres gelingen; denn die Flüchtlinge werden nicht warten, bis wir Europäer uns geeinigt haben. Viertens. Parallel sollten wir alles dafür tun – das wird die einen oder anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union an der Peripherie Europas sicherlich überzeugen –, dass die Flüchtlinge in den Ländern, die unmittelbar an die Krisenzonen angrenzen, bessere Lebensbedingungen haben. Das bedarf hoher finanzieller und hoher fachlicher Unterstützung. Wir werden uns darauf einstellen müssen, in der Entwicklungszusammenarbeit, in der Gesundheitsversorgung, in der Betreuung und auch in der psychosozialen Beratung viel stärker in diesen Regionen aktiv zu sein. Deshalb finde ich es sehr gut, wenn ich das sagen darf, dass auf dem Bundesparteitag der CDU in dieser Woche nicht nur über die Begrenzung der Flüchtlingszahlen gesprochen wurde, sondern auch ein Aufruf an die Gesellschaft zu mehr Bereitschaft zum Freiwilligendienst einstimmig entschieden wurde. (Katja Kipping [DIE LINKE]: Die brauchen keinen Aufruf! Die Leute sind bereit!) 400 000 junge Menschen sollen sich im Freiwilligendienst für Betreuung, für Unterstützung und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einbringen. (Beifall bei der CDU/CSU) Vizepräsidentin Ulla Schmidt: Herr Kollege Kiesewetter, darf ich Sie kurz unterbrechen? Die Kollegin Hänsel hat darum gebeten, Ihnen eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Es wäre ja eine Überraschung, wenn es keine Zwischenfrage gegeben hätte. – Ja. Vizepräsidentin Ulla Schmidt: Bitte schön, Frau Kollegin Hänsel. Heike Hänsel (DIE LINKE): Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Kiesewetter, ich möchte jetzt wirklich noch einmal bei Ihnen nachfragen. Denn Sie betreiben jetzt wieder genau das üble Spiel, das wir hier die ganze Zeit von Ihrer Fraktion erleben. Wir sprechen hier über Fluchtursachen, und wir sprechen über Menschen, die auf der Flucht sind. Sie sprechen jetzt von illegaler Migration. Jetzt sagen Sie mir einmal bitte: Welche legalen Einreisewege in die Europäische Union haben diese Menschen, die auf der Flucht sind? (Katja Kipping [DIE LINKE]: Das würde ich auch gerne einmal hören!) (Katja Kipping [DIE LINKE]: Das würde ich auch gerne einmal hören!) Wenn ich auf der Flucht bin, fliehe ich und muss mich in ein anderes Land retten und stelle dort einen Antrag auf Asyl. Das steht in unserem Grundgesetz. (Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Ja, aber das ist ja auch legal! Sie haben es nicht verstanden!) Sie führen hier ständig dieses Wort der illegalen Migration, der irregulären Migration an, anstatt sich mit Fluchtursachen zu beschäftigen. Sie bekämpfen damit eigentlich wie immer Flüchtlinge und Fluchtoptionen. (Bernhard Kaster [CDU/CSU]: Unsinn!) Deswegen lautet meine Frage: Was haben Sie für Menschen auf der Flucht anzubieten? (Beifall bei Abgeordneten der LINKEN) Wir erleben, dass Tausende im Mittelmeer ertrinken, weil es keine legalen Einreisewege gibt. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist genau der Punkt. Genau deshalb müssen wir der illegalen Migration das Handwerk legen, insbesondere den Schleppern. (Inge Höger [DIE LINKE]: Legale Wege war die Frage!) Erstens wollen wir große Aufnahmezentren – ich mag den Begriff „Hotspots“ nicht so sehr –, in denen die Flüchtlinge legal aufgenommen werden können. Zweitens wollen wir den Schleppern schlichtweg das Handwerk legen, indem wir ihre Netzwerke aufklären. Drittens wollen wir – das ist in La Valletta sehr deutlich geworden; im Übrigen hat sich die Bundesregierung dort sehr stark dafür eingesetzt –, dass wir legale Einwanderung für Menschen mit entsprechendem Hintergrund nach Europa ermöglichen. Wir wollen doch gerade verhindern, dass die Menschen nur über den Weg Asyl nach Europa kommen. Vielmehr sollen sie qualifiziert und auf sicheren Wegen kommen, damit es

eben nicht auf Dauer dieses Milliardenhandwerk gibt, das zusätzlich noch den Terror von IS und anderen gewaltbereiten Terrororganisationen unterstützt. Darum geht es. (Beifall bei der CDU/CSU)

Das führt mich zu einem weiteren Punkt. Wenn es uns also gelingt, die Aufnahmebereitschaft innerhalb der Europäischen Union auszugleichen, wenn es uns gelingt, ein Klima der Hilfsbereitschaft zu schaffen, wenn es uns gelingt, das, was in Deutschland beispielhaft im Ehrenamt geleistet wird, zu verstetigen und den Freiwilligendienst in dieser Richtung auszubauen, dann sind wir in diesem Bereich nicht nur Vorbild für andere Staaten in der Europäischen Union, sondern wir zeigen damit auch die Solidarität, die notwendig ist. Auf der anderen Seite zeigen wir Staaten, die mit Flüchtlingen innerhalb der EU weniger aufgeschlossen umgehen, wie man es anders machen kann. Deshalb sage ich: Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung. Dann haben wir – das führt mich jetzt zu den eigentlichen Aspekten der Fluchtursachenbekämpfung – auch die Chance, dass die Europäische Union stärker mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und dass wir bei der Gestaltung der Außengrenzen aktiv mitwirken können. Denn wo wären wir in Afghanistan, wenn wir dem Antrag der Linken folgen würden? Dann würden dort noch die Taliban regieren. Wo wären wir in Serbien? Dann würde Milosevic dort noch regieren. (Zurufe von der LINKEN) Wo wären wir mit Blick auf die Peschmerga? Dann wären die Jesiden längst schon im Völkermord untergegangen. Wir müssen also auch aktiv eingreifen. (Beifall bei der CDU/CSU)

Eine Kollegin hat heute in einer besonderen Stellungnahme sehr gut dargestellt, dass es notwendig ist, einzugreifen. Deshalb brauchen wir in der Europäischen Union etwas mehr Mut, nicht nur an den sozialen Folgen von Entwicklungen zu wirken, sondern auch mitzugestalten. Das geht – das spreche ich ganz offen an – bis hin zu Fragen eines notwendigen Regimewechsels, wenn Regime Völkermord unterstützen, Minderheiten unterdrücken und mit Gewalt ihre eigene Bevölkerung unterjochen, wie wir es beispielsweise in Syrien bitter erleben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Ankläger und Richter zugleich!) Vizepräsidentin Ulla Schmidt: Herr Kollege Kieseewetter, ich möchte Ihnen noch eine Chance zu einer Pause geben. Die Kollegin Renate Künast hat um eine Zwischenfrage gebeten. Gestatten Sie sie? Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Wir wollen ja eine lebhafte Debatte; gerne. (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sie sollten aber auch dazu beitragen!) Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kieseewetter, da wir gerade über Fluchtursachen reden, will ich sagen, dass meiner Meinung nach so etwas wie der Bundesfreiwilligendienst keine Fluchtursache ist. Deshalb würde ich Sie gerne fragen, ob Sie auch noch zu einem anderen Thema kommen, und Sie bitten, inhaltlich etwas dazu zu sagen. Ich persönlich halte zum Beispiel die europäische und internationale Fischerei- und Agrarpolitik für eine Fluchtursache, also den Raubbau und das Land Grabbing. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN) Das Ackerland gehört nicht mehr den Menschen, die dort leben. Es werden Futtermittel und Gemüse angebaut, damit sie in Europa ganzjährig zur Verfügung stehen, (Zuruf von der CDU/CSU: Veggie-Day!) sodass das gute Ackerland nicht für die Sicherstellung der Ernährung der Menschen vor Ort genutzt werden kann. Ein anderes Beispiel ist, dass die großen Fischtrawler an den Küsten Westafrikas die Meere leerfischen, sodass die Fischer ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie gar nicht mehr durch Fischerei sichern können. Ich dachte eigentlich, dass das Fluchtursachen sind. Sind Sie bereit, neben dem Bundesfreiwilligendienst und ähnlichen Dingen auch darüber zu diskutieren bzw. die Frage zu stellen, ob wir vielleicht auch unsere Art, uns zu ernähren und Fischerei- und Agrarpolitik zu betreiben, verändern müssen, um im Hinblick auf die zentralen Ursachen der Flucht, nämlich Hunger und fehlende Lebensperspektiven, etwas zu tun? Ich glaube, dass das der Ausgangspunkt ist. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ich glaube, Frau Kollegin Künast, Sie haben mich sehr wohl verstanden. Ich habe klargestellt, dass auch gesellschaftliche Voraussetzungen für eine größere Aufnahme- und Hilfsbereitschaft erfüllt sein müssen. Deswegen gehe ich auf Ihre Frage nicht weiter ein. Wir wollen unserer Bevölkerung nicht vorschreiben, wie man leben soll – damit sind Sie ja im letzten Bundestagswahlkampf gescheitert –, (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]:

Na, na, na! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wieso denn „gescheitert“? – Oh!) sondern wir wollen erreichen, dass das aus Einsicht geschieht. (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Ach! Wirklich?) – Wirklich. Sie haben mir da eine Brücke gebaut, Frau Künast – insofern danke ich Ihnen; denn das führt mich zu einem weiteren Punkt –: Uns muss es darum gehen, dass wir um Europa herum einen Ring stabiler Staaten haben, die in der Lage sind, die Flüchtlinge in den unterschiedlichen Regionen aufzunehmen. (Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Was soll das sein?) Wir müssen uns dort engagieren, um Wertschöpfungsketten zu schaffen. (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sagen Sie etwas zu den Fluchtursachen!) Wir müssen unsere Agrarmärkte öffnen, um die Entwicklung der Agrarwirtschaft im nördlichen Afrika zu beflügeln – da bin ich mit Ihnen völlig d'accord –, und unsere Fördermittel so gestalten, dass landwirtschaftliche Entwicklungen im nördlichen Afrika nicht im Keim erstickt werden. Da sind wir uns, wie gesagt, völlig einig. Das bedeutet auch eine Änderung unserer Agrarpolitik im nördlichen Afrika – eindeutig. (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, hier!) Letztlich – Sie hatten eben die Gelegenheit – geht es um drei Dinge: Erstens. Die Europäische Union muss stärker mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Die Europäische Union muss in ihrem Umfeld für Stabilität sorgen. Das ist insbesondere an guten Beispielen der Entwicklungszusammenarbeit deutlich geworden. Gerade das BMZ unterstützt Bildungsprojekte im Libanon, in Jordanien, in Syrien und in der Türkei. Zweitens müssen wir uns ganz stark in den Ländern um Syrien herum engagieren, insbesondere im Libanon und in Jordanien. Drittens sollten wir das Engagement der Bundesregierung gerade bei den Verhandlungen in Wien und Rom – dabei geht es um den Vorschlag einer libyschen Einheitsregierung und um eine Entwicklung, die alle Konfliktparteien in Syrien und im Irak an einen Tisch bringt – massiv unterstützen. Ein richtiger Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung wäre in jedem Falle die Schaffung eines stabilen Umfelds um Europa herum und die Bereitschaft, dort, wo die Europäische Union mehr leisten kann als andere, im Auftrag der Vereinten Nationen zu helfen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der CDU/CSU)